



Marktplatz im sächsischen Geithain: Im Mai standen sie wieder vor seinem Laden, zu zehnt, verummt und mit Messern bewaffnet

RECHTSEXTREMISMUS

# „Florian, wir kriegen dich“

Auf dem Land in Sachsen treiben Neonazis ungeniert und ungestört ihr Unwesen. Wer sich dem alltäglichen Terror entgegenstellt, wird eingeschüchtert und verfolgt.

*Sachsen im Mai 2012. Zwei Männer überfallen in Bautzen einen kolumbianischen Austauschschüler, beleidigen ihn, treten auf ihn ein. In Hoyerswerda belagern Rechtsradikale das Büro einer Bundestagsabgeordneten, zerschlagen die Scheibe und attackieren einen Mitarbeiter. In Limbach-Oberfrohna greifen Neonazis ein alternatives Bildungshaus an. Ein Sprengsatz explodiert vor der Pizzeria Bollywood in Geithain, sie gehört einem Pakistaner.*

**K**erstin Krumbholz, 50, sitzt im Wohnzimmer ihres Einfamilienhauses im Leipziger Land und sagt: „So sieht die Hölle aus.“ Auf dem Tisch hat sie Zeitungsartikel über Neonazis ausgebreitet, Flugblätter, Plakate – Dokumente des täglichen rechtsextremen Terrors in Sachsen. „Die Menschen in den Städten machen sich keine Vorstellung davon, was auf dem Land los ist.“

Krumbholz zog vor 19 Jahren mit ihrem Ehemann aus Leipzig 40 Kilometer in den Südosten, nach Geithain. Die Kinder sollten behütet aufwachsen. Ohne Kriminalität, ohne Drogen, weit weg von den Gefahren der Großstadt. Lutz Krumbholz arbeitet als Schornsteinfeger, Kerstin Krumbholz erledigt im Betrieb die Buchhaltung. Gemeinsam kümmerten sie sich um die Erziehung der Kinder.

Rechtsextremismus kannte Kerstin Krumbholz nur aus den Nachrichten: wenn irgendwo in Deutschland Asylbewerberheime brannten oder die NPD in ein Landesparlament einzog. Mit ihrem eigenen Leben hatte das nichts zu tun.

Bis ein Neonazi ihren Sohn schwer verletzte, beinahe tötete.

Der Rechtsradikale überfiel Florian, damals 15 Jahre alt und Punk, im Mai 2010 an einer Tankstelle. Er schlug ihm den Schädel ein. Florian lebt seitdem mit einer Titanplatte im Kopf, aus Geithain zog er fort. Seine Mutter war bis zu dem Angriff kein politischer Mensch. Doch nun

recherchiert sie in rechtsextremen Internetforen und Blogs. Sie fährt auf Demonstrationen und hat die „Initiative für ein weltoffenes Geithain“ gegründet.

Kerstin Krumbholz hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, gegen Neonazis zu kämpfen. Es ist ein aussichtsloser Kampf auf dem Land in Sachsen.

Sieben Monate sind vergangen, seit bekannt wurde, dass deutsche Behörden mehr als ein Jahrzehnt lang blind waren bei den Taten der Zelle, die sich „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nannte. Politiker beteuerten, genauer hinschauen zu wollen. Doch nichts passiert. „Was in Sachsen geschieht, ist ein Skandal“, sagt Hajo Funke, Politikwissenschaftler aus Berlin. In keinem anderen Bundesland seien die Neonazis so dominant, aber die Regierung weigere sich zu handeln.

Im Bürgerhaus in Geithain treffen sich Mitglieder der Initiative für ein weltoffenes Geithain. Kerstin Krumbholz hat Mohammad Sayal eingeladen, den Betreiber



JENS PAUL TAUBERT

Rechtsradikale Demonstranten in Geithain 2008: Die „Kameradschaften“ bauen ihre Macht aus

der Pizzeria Bollywood, die am Wochenende zuvor überfallen wurde. Sayal erzählt, wie er seit der Eröffnung des Restaurants vor fünf Monaten von Neonazis drangsaliert worden ist: In der ersten Nacht schlugen sie ihm die Scheibe ein. Im Mai standen sie wieder vor seinem Laden, zu zehnt, verumumt und mit Messern bewaffnet. Sie traten gegen die Tür. Sie warfen einen Stein durchs Fenster und brüllten: „Scheiß Ausländer, wir kriegen dich. Wenn du nicht von hier verschwindest, bringen wir dich um.“ Eine Woche später explodierte der Sprengsatz.

Die Morde des NSU blieben auch deshalb so lange unentdeckt, weil Behörden und Öffentlichkeit die Täter im Umfeld der Opfer vermuteten. Auch in Geithain behaupten viele, dass keine Rechtsextremen, sondern Landsleute Sayals hinter dem Anschlag steckten: Es gehe um Geldstreitigkeiten, Familienfehden.

Geithain war bis kurz nach der Wende eine Kreisstadt, in der Region wurde Kohle gewonnen. Heute leben noch knapp

6000 Menschen in dem Ort. Der Marktplatz ist saniert, aber die Straßen sind leer. Wer jung ist und Arbeit sucht, zieht nach Leipzig oder gleich in den Westen. Die etablierten Parteien zogen sich zurück, die Rechtsextremen breiteten sich aus, vor allem seit der Neonazi Manuel Tripp 2009 für die NPD in den Stadtrat einzog.

Der 23-Jährige studiert Jura in Leipzig und inszeniert sich als Kümmerer: Über seine Homepage ist er für die Bürger immer erreichbar. Er twittet über die Stadtratssitzungen und gibt das „Geithainer Sprachrohr“ heraus, ein Lokalblatt mit Artikeln über den Ärztemangel in Ostdeutschland oder das örtliche Schützenfest; er setzt sich für den Tierpark ein und organisiert mit seinen Kameraden Fußballturniere und Herbstlager, bei denen die Teilnehmer in Militäruniform durchs Leipziger Land wandern.

Was ihn antreibt, zeigt sich bei anderen Anlässen. Dann sagt er Sätze, die verfassungsfeindlich sind: „Der nationale So-

zialismus kann nicht gewählt oder erbetelt werden. Er kann nur auf dem Weg der Revolution erkämpft werden.“ Tripp ist ein Führungskader des „Freien Netzes“ (FN), eines Zusammenschlusses militanter „Kameradschaften“ in Deutschland.

Hervorgegangen ist das Freie Netz aus dem „Thüringer Heimatschutz“, einer Gruppe von Neonazis, der auch die NSU-Terroristen angehört hatten. In Sachsen wird das FN von Maik Scheffler angeführt, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD. Scheffler ist wegen gefährlicher Körperverletzung und unerlaubten Waffenbesitzes vorbestraft.

Gemeinsam mit Tripp ist es ihm gelungen, in der Region zwischen Chemnitz und Leipzig innerhalb weniger Jahre gefestigte neonazistische Strukturen zu etablieren. Und die Kameradschaften bauen ihre Macht aus. „Von Kadern des Freien Netzes geht in Sachsen immer wieder Terror aus“, sagt Kerstin Köditz, Rechtsextremismus-Expertin der sächsischen Linken.

Bayern ist um ein Verbot des FN-Süd bemüht. Doch ausgerechnet in dem Bundesland, in dem sich das NSU-Trio mehr als zehn Jahre lang verstecken konnte, ist die Regierung zurückhaltend. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) bewertet das Freie Netz lediglich als „Internetportal“, als eine Art Facebook für Nazis. Sachsen habe kein signifikantes Problem mit Rechtsradikalismus, sagt Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU).

Während im Geithainer „Bürgerhaus“ Kerstin Krumbholz und ihre Mitstreiter über rechtsradikale Gewalt diskutieren, versammeln sich vor der Total-Tankstelle



Geithainerin Krumbholz

MARTIN JEHNICHEN / DER SPIEGEL



am Ortseingang junge Männer. Sie lassen ihre Wagen aufheulen, hören lauten Rechtsrock, trinken Bier. Im Laufe des Abends kommen Kameraden hinzu. Manche heben die Hand zum Hitlergruß. Wenn Kunden sie für einen Moment zu lange anstarren, brüllen sie: „Scheiß Judensau, ich knall dich ab.“

An der Mittelschule in Geithain gelten die Rechtsextremen als die Coolen, die Rebellen. Jugendliche, die sich den Neonazis verweigern, werden auf dem Schulhof mit „Heil Hitler“ oder „Verpiss dich, Kanake“ begrüßt. Auf Klassenfahrten malen sich manche Mädchen mit Sonnencreme Hakenkreuze auf die Haut.

Wer sich der Ideologie widersetzt, wird eingeschüchtert und verfolgt. Nach einer Lesung von Günter Wallraff im April schmierten Neonazis Parolen auf die Straße vor dem Bürgerhaus, „Wallraffe nach Afrika“, und sie bedrohten die Bürgermeisterin und einen Politiker der Linkspartei. Der Pfarrer wandte sich in einem offenen Brief gegen die Rechtsextremen. Am folgenden Tag waren die Wände seiner Kirche mit Graffiti überzogen.

Die Neonazis veröffentlichen Fotos, Namen und Adressen ihrer Gegner im Internet. In einem Schreiben der „Anti-Antifa“ an Geithainer Linke heißt es, diese müssten mit „Erziehungsmaßnahmen, Hausbesuchen und Autobeschädigungen“ rechnen. Auch den Angriff auf Florian Krumbholz hatten die Neonazis im Internet angekündigt. In einem Video riefen sie zur Gewalt gegen ihn auf: „Rote haben Namen, Rote haben Adressen. Aufmarschieren und Stärke demonstrieren.“ Wenige Wochen vor der Tat, am Karfreitag 2010, besprühten Neonazis die Garage der Familie Krumbholz. „Rotfront verrecke“ und „Florian, wir kriegen dich“.

Der Überfall an der Tankstelle dauerte nur wenige Sekunden. Auf dem Überwachungsvideo ist zu sehen, wie der Täter Florian mit dem Fuß gegen die Brust tritt, dann drischt er ihm mit der Faust auf die Stirn. Der Angreifer, Albert R., kam in erster Instanz trotz einschlägiger Vorstrafen mit einer Bewährungsstrafe davon, in zweiter Instanz fiel das Urteil härter aus.

Albert R. aber wird unterdessen bereits die nächste Tat zur Last gelegt: Gemeinsam mit zwei Kameraden überfiel er eine Gruppe junger Männer. Sie sprühten ihnen Reizgas ins Gesicht, R. prügelte mit einer Bierflasche auf ein Opfer ein.

Viele Bürger fühlen sich von der Polizei alleingelassen. In den vergangenen Jah-

ren wurden Dienststellen geschlossen und Reviere zusammengelegt, die Polizeireform des sächsischen Innenministeriums sieht weitere Einsparungen vor. Ermittlungsakten des sächsischen Landeskriminalamts dokumentieren die Resignation und Gleichgültigkeit der Beamten.

Beschrieben wird der Anschlag, den rechtsextreme Gewalttäter vor vier Jahren auf ein Geschäftshaus in Colditz, einem Nachbarort Geithains, verübten. Die Abschrift des Polizeinotrufs zeigt, dass bereits am späten Nachmittag Anrufe besorgter Bürger bei der Polizeidirektion Westsachsen eingingen. Bis zum Abend waren es mehr als ein Dutzend.

19.49 Uhr. Eine Anruferin: „Auf dem Sophienplatz in Colditz geht jetzt gleich was los hier.“ „Was geht 'n da los?“ „Die Maskierten sind ja alle hier unten.“ „Ja und?“ „Die treten hier unten alles ein.“

19.51 Uhr. Ein Anrufer: „In Colditz auf dem Sophienplatz stehen über 50 ver-

Nur noch wenige Menschen wagen es, sich den Neonazis entgegenzustellen. Uwe L., ein Elektrohändler, hat es versucht. Er gründete in Colditz ein „Bündnis gegen Rechts“ und organisierte Konzerte. Doch die Neonazis griffen mehrmals seinen Laden an, schlugen die Scheiben ein, beschmierten die Wände, beschädigten sein Auto, bedrohten seine Söhne. Der Mann gab auf. „Ich hätte das finanziell und psychisch nicht durchgestanden“, sagt er.

Auch in Colditz sitzt die NPD im Stadtrat, Rechtsradikale engagieren sich im Förderverein der Mittelschule, im Fußballverein, im Kanuverein. Den Jugendclub der Stadt führt der Sohn des Bürgermeistermeisters gemeinsam mit einem bekannten Neonazi. Zu Kindergartenfesten erscheinen Eltern in T-Shirts mit der Aufschrift „Eisenbahnromantik Auschwitz“. Frank Hammer von der Mobilien Beratung gegen Rechtsradikalismus in Sachsen sagt: „Es ist ruhig in der Region. Aber nur, weil die Neonazis hier inzwischen alles kontrollieren.“

Als Geithain im Juni vorigen Jahres sein 825-jähriges Bestehen feierte, genehmigte Bürgermeisterin Romy Bauer (CDU) einen Stand der Neonazis. Tripp und seine Kameraden verteilten Kuchen, bauten ein Glücksrad auf und liefen beim Umzug in der ersten Reihe. Hätte sie die Genehmigung verweigert, sagt Bauer, wäre es auf dem Fest womöglich zu Gewalttaten gekommen. An einer Anti-rechts-Demonstration der Initiative für ein weltoffenes Geithain nahm sie nicht teil.

Menschen, die sich in Sachsen gegen Rechtsradikalismus engagieren, klagen über mangelnde Unterstützung. Kerstin Krumbholz tut sich schwer, Mitstreiter für ihre Initiative zu gewinnen, derzeit sind es nur acht. Als sie im vergangenen Jahr ein Fest gegen Rechtsradikalismus feierten, hätten sie keine Bäckerei in Geithain gefunden, die ihnen Kuchen verkaufen wollte, erzählt Krumbholz.

Nach der Sitzung ihrer Initiative steht sie auf der Straße vor dem Bürgerhaus in Geithain und zündet sich mit zittriger Hand eine Zigarette an. Noch immer verfolgen sie die Erinnerungen an den Angriff auf ihren Sohn. Bis heute habe sie keiner ihrer Nachbarn darauf angesprochen. Kein Wort des Mitleids, kein Wort des Bedauerns. Die Geithainer täten so, als hätte es den Überfall nie gegeben.

Krumbholz wischt sich Tränen aus dem Gesicht. „Müssen erst Menschen sterben, bevor sich hier etwas ändert?“

MAXIMILIAN POPP



Homepage des NPD-Politikers Tripp: In Uniform durchs Leipziger Land

mumnte Gestalten.“ „Und warum rufen Sie an?“ „Weil diese Gestalten unten gegen ein Haus treten, schlagen, Sprengkörper werfen.“

20.04 Uhr. Eine Anruferin: „Die haben beim Sophienplatz alles eingeschlagen. Und die wollten auch hier oben beim Jugendclub irgendwas anstecken. Habe ich mitgehört.“ „Also wenn Sie Beschädigungen festgestellt haben, können Sie jederzeit zur Anzeige aufs Polizeirevier gehen.“

20.43 Uhr. Eine Anruferin: „Ich habe vorhin angerufen, ich brauche die Polizei hier. Wir haben schon vorhin gesagt, schicken Sie jemanden.“ „Ja, aber wenn ich keine habe.“ „Bitte, bitte schicken Sie jemanden.“

20.44 Uhr. Ein Anrufer: „Die haben schon viermal die Scheibe eingedroschen.“ „Und was soll ich da jetzt machen? Soll ich mich jetzt dahin vor die Scheibe stellen, oder wie haben Sie sich das gedacht?“